

A) Öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende Gerharz (CDU)** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist und dass der Verkehrsausschuss beschlussfähig ist.

1. Niederschrift über die Sitzung des Verkehrsausschusses vom 20.09.2011

Gegen die Fassung der Niederschrift über die Sitzung des Verkehrsausschusses vom 20.09.2011 werden keine Einwände erhoben.

2. Verkehrssichere Gestaltung Schützenstraße

Antrag nach § 24 GO, Dr. Clemens Heusch vom 23.5.2011

Bezug: VKA 21.6.2011 und 20.9.2011

Vorlagen-Nr. 36/90 fx + ga

Ratsherr Weesbach (SPD) hält eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h für zu hoch und plädiert für 10 km/h.

Ratsherr Pohl (CDU) erklärt, dass seine Fraktion die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h beibehalten will.

Ratsfrau Mainzer (fw/bVb) spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h aus.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) weist daraufhin, dass die Straßenzüge Mayersweg, Gartenstraße und Schützenstraße von den Kindern als Schulweg zur Franziskus-Schule genutzt würden und damit eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 10 km/h angemessen sei.

Vorsitzender Gerharz (CDU) führt die in der letzten Sitzung beschlossenen Markierungsmaßnahmen und Änderung am Spielplatzeingang auf und meint, man solle erst einmal die Auswirkungen dieser Maßnahmen abwarten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt für die Schützenstraße zwischen An der Synagoge und Kölnstraße eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h.

Abstimmungsergebnis: 9 : 6

3. Schulwegsicherung an der Einmündung Am Rolfsacker / Zum Donnerbach

Antrag nach § 24 GO, Heinz Keppler vom 5.4.2011

Bezug: VKA 21.6.2011

Vorlagen-Nr. 36/90 fu + fz

Ratsherr Pohl (CDU) erklärt, dass seine Fraktion keine Änderung der bestehenden Situation befürworte.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) sieht das Problem der Schleichwegfahrten nicht gelöst

Ratsherr Weesbach (SPD) erklärt, dass seine Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen könne.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss lehnt den Antrag ab, den Schulweg an der Einmündung Am Rolfsacker / Zum Donnerbach durch den Einbau von Bodenschweller oder durch Änderung der Vorfahrtsregelung zu sichern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen**4. Verkehrssituation Schildgesstraße**

Antrag nach § 24 GO, Karin Franssen u.a. vom 5.9.2011

Bezug: HA 29.9.2011

Vorlagen-Nr. 201/81 n + o

Der **Vorsitzende Gerharz (CDU)** begrüßt **Frau Karin Franssen** als die Sprecherin der Bürgerinitiative Schildgesstraße.

Frau Karin Franssen erhält Gelegenheit ihren Antrag zu erläutern. Sie weist insbesondere auf die vom Werksgelände der Fa. Mauser ausgehenden Lärmbelästigungen durch LKW-Fahrten und Verladearbeiten hin. Des Weiteren führt sie aus, dass die Schildgesstraße sehr stark durch den LKW-Verkehr belastet sei, der nicht nur die Firma Mauser sondern auch das Eisenwerk und andere Firmen anfähre. Es bestehe daher eine große Lärm- und Staubbelastung für die angrenzenden Wohnhäuser. Durch den LKW-Verkehr wie auch den zu schnell fahrenden PKW-Verkehr werden insbesondere die zum Jugendzentrum Cultra fahrenden Radfahrer gefährdet. Sie schlägt vor, die Fahrradschutzstreifen ergänzend bis zur Bergerstraße zu markieren und den LKW-Verkehr in der Schildgesstraße nicht mehr zuzulassen.

Fachbereichsleiter Gérard (FB 32) erläutert die Verwaltungsvorlage und weist auf die regelmäßig durchgeführten Geschwindigkeitskontrollen durch die Kreispolizeibehörde hin.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) beantragt: „In der Schildgesstraße werden zwischen der Bergerstraße und der Bahnunterführung beidseitig Fahrrad-Schutzstreifen ergänzt. Auf der nördlichen Seite (Mauser-Seite) werden zwischen der Bushaltestelle Jordanstraße und Einfahrt Mauser Autostellplätze vorgesehen und abmarkiert, wobei der Schutzstreifen zwischen Parkständen und Fahrbahn erhalten bleibt. Für dieses Teilstück wird geprüft, ob die Einfahrt in die Schildgesstraße aus der Kölnstraße für Fahrzeuge kleiner 7,5 t und für Linienbusse eingeschränkt werden kann.“

Begründung: Der Vorschlag orientiert sich an der Gestaltung der Bonnstraße, die – trotz aller Unkenrufe und Kritik – ihre Funktion gut erfüllt. Trotz Tempo-30-Anordnung erfüllen hier die Fahrrad-Schutzstreifenmarkierungen die Funktion, den Radfahrenden einen Schutzraum auf der Straße anzubieten, der auch genutzt wird, und sie verlangsamen die Geschwindigkeit.

Eine Tempo-30-Anordnung ist auch etwas anderes als eine Tempo-30-Zone, in der die Schutzstreifen nicht erforderlich wären, weil in Tempo-30-Zonen wie in verkehrsberuhigten Bereichen Mischverkehr vorgesehen ist. Wie die Verwaltung richtig in ihrer Beschlussvorlage schreibt, erfüllt die Schildgesstraße wichtige Verbindungsfunktionen und kann daher nicht als Tempo-30-Zone ausgewiesen werden.

Diese Verbindungsfunktion erfüllt sie aber vor allem auch für Jugendliche, die dem Innenstadtbereich zum Cultra fahren. Daher ist hier die Anlage von Fahrradschutzstreifen angesagt.

Um die Stellplätze auf der nördlichen Fahrbahnseite zwischen der Haltestelle Jordanstraße und der Zufahrt Mauser zu erhalten, können die Stellplätze zum Erhalt des erforderlichen Fahrbahnquerschnittes hälftig auf dem Fussweg angelegt werden. Für größere LKW sollte die Zu- und Abfahrt zur Firma Mauser über die K 7 erfolgen. Der LKW-Durchgangsverkehr sollte aus der Schildgesstraße herausgehalten werden.“

Ratsherr Weesbach (SPD) sieht in der Schildgesstraße Handlungsbedarf in drei Punkten. Einmal müsse die Lärmproblematik gelöst werden. Als Weiteres müsse die Tempo-30-Regelung verstärkt kontrolliert werden. Und schließlich halte auch er eine Schutzstreifenmarkierung für sehr sinnvoll.

Ratsherr Pohl (CDU) sieht nicht so hohen Handlungsbedarf. Die Lärmproblematik, die vom Werksgelände Mauser ausgehe, sei kein Diskussionspunkt für den Verkehrsausschuss. Dafür sei der Rhein-Erft-Kreis zuständig. Er hält die LKW-Belastung mit sechs Fahrzeugen pro Stunde nicht für zu viel. Er könne sich aber vorstellen, den auf der nördlichen Straßenseite gelegenen Gehweg anders zu nutzen.

Sachkundiger Bürger von Waldow (FDP) möchte keine Änderung der bestehenden Situation. In Sachen Lärmbelästigung durch die Firma Mauser rege er ein Gespräch mit der Firmenleitung an.

Sachkundiger Bürger Dr. Wolter (SPD) spricht sich für ein LKW-Benutzungsverbot der Schilgesstraße aus.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) schlägt eine Prüfung der Vorschläge und somit eine Vertagung des Tagesordnungspunktes vor.

Beratendes Mitglied Neumann (DKSB) schlägt ein gemeinsames Gespräch aller Beteiligten vor. Sie befürwortet wegen des in der Schildgesstraße angesiedelten Jugendzentrums jede Maßnahme, die dem Schutz von Kindern und Jugendlichen dient.

Der Verkehrsausschuss vertagt einstimmig die Entscheidung über den Bürgerantrag.

Der **Vorsitzende Gerharz (CDU)** gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses am 24.1.2012 stattfindet.

5. Erschließung Bebauungsplan 06.21 nördl. Steingasse

hier: östlicher Teilbereich

Vorlagen-Nr. 18/10 k

Ratsherr Weesbach (SPD) kann wegen der zu erwartenden hohen Verkehrsbelastung auf der Steingasse der Vorlage nicht zustimmen.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) lehnt die Vorlage ebenfalls ab, da die Erschließung nicht über die Alte Bonnstraße durchgeführt wurde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Planung und Ausführung der Erschließungsmaßnahme „Nördliche Steingasse – östlicher Teilbereich“ (Bebauungsplan 06.21).

Abstimmungsergebnis: 9 : 6

6. Zweigleisiger Ausbau der Linie 18 – Planfeststellung Brühl-Mitte / Brühl-Badorf

hier: Änderung des Bahnüberganges Brühl-Süd / Interessengemeinschaft Urfelder Straße

Bezug: VKA / Rat am 21.6. / 11.7.2011

Vorlagen-Nr. 290/81 v + w

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, in Abänderung seines Beschlusses vom 11.7.11 (Vorl.Nr. 290/81 v), den bestehenden Bahnübergang (Fußweg) am Pingsdorfer Bach als Querung der Linie 18 auszubauen und den Neubau eines Bahnsteigzuges von der

Urfelder Straße – in Höhe des Haltepunktes Brühl-Süd – als Fußgängerquerung aus dem westlichen Baugebiet an dieser Stelle aufzugeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Mitteilungen

Der **Vorsitzende Gerharz (CDU)** bittet **Ratsherrn Bortlitz-Dickhoff (Grüne)** um einen kurzen Bericht aus dem Verkehrsausschuss des Rhein-Erft-Kreises.

Ratsherrn Bortlitz-Dickhoff (Grüne) berichtet

- vom Streitpunkt REVG in Bezug auf EU-Richtlinien zu öffentlichen Busdienstfahrleistungen,
- vom Landesstraßenbedarfsplan, der Brühl betreffend die Ortsumgehung Meschenich und den Ausbau des BAB-Zubringers nach Godorf in der Priorität heraufsetzt, die Weiterführung von Brühl zur Luxemburger Straße aber herunterstuft,
- von den Umbaumaßnahmen an der K 7 (Bergerstraße), die demnächst umgesetzt werden.

7.1 Sachstand unerledigter Beschlüsse **Vorlagen-Nr. 25/95 cu**

Ratsherr Weesbach (SPD) bittet um Aufnahme der Talstraße in die Liste der unerledigten Beschlüsse.

Der Verkehrsausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

7.2 Bericht der Brühler Kinderunfallkommission **Vorlagen-Nr. 48/10 d**

Der Verkehrsausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

8. Anfragen

8.1 Unterführung Carl-Schurz-Straße

Ratsherr Hans (CDU) erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen an der Unterführung Carl-Schurz-Straße.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) berichtet, die Beobachtungen an der Unterführung hätten ergeben, dass nach dem Aufstellen der Absperrungen ca. 40% der Radfahrer durchfahren und ca. 60% absteigen und das Fahrrad schieben würden. In diesem Jahr sei keine Änderung mehr geplant. Es müssten auch noch hausinterne Abstimmungen erfolgen, da dort eine Baumaßnahme geplant sei.

Beratendes Mitglied Neumann (DKSB) weist daraufhin, dass die Absperrungen für Menschen mit Rollatoren und Krüken überhaupt für alle Behinderten nicht hilfreich sondern im Gegenteil sehr hindernd seien. Sie schlage daher auch im Hinblick auf die Angstraumdiskussion vor, eine Stellungnahme der Polizei einzuholen.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) gibt zu, dass das bestehende Provisorium nicht der Stein der Weisen sei. Es diene aber insbesondere dazu Erfahrungen zu sammeln. Ein Bericht der Polizei werde natürlich auch eingeholt.

8.2 Beleuchtung an der Bonnstraße

Ratsfrau Mainzer (fw/bVb) erkundigt sich, warum an der Bonnstraße von Schwadorf bis zum Kreisel K 7 keine Beleuchtung vorhanden sei.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) sagt Prüfung zu.

8.3 Straßenreinigung neben Gasthaus Krayer

Ratsherr Fischer (CDU) bittet um Veranlassung einer Säuberung der Parkbucht neben den Gasthaus Krayer in Schwadorf.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) sagt weitere Veranlassung zu.

8.4 Radweg für E-Bikes

Ratsherr Fischer (CDU) bittet weiterhin um Prüfung, ob der Radweges entlang der Bonnstraße für Elektrofahräder freigegeben werden kann.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) sagt Prüfung zu.

8.5 Sachstand Talstraße

Ratsherr Weesbach (SPD) erkundigt sich nach dem Sachstand in der Talstraße.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) erläutert, dass ein Parkstand eingerichtet worden. Eine weitere geplante Verschwenkung könne nicht umgesetzt werden, da ansonsten wegen der bestehenden Buslinie bis zu drei Parkplätze wegfallen müssten. Für weitere Maßnahmen an der Einmündung An der Brücke müsse erst die beabsichtigte Baumaßnahme Neubau des Hauses Schulstraße 28 abgewartet werden.

8.6 Beleuchtung Unterführung Renault-Nissan-Straße

Ratsherrn Bortlitz-Dickhoff (Grüne) fragt an, ob sich die Stadt für die Straßenbeleuchtung an der Bahnunterführung der Renault-Nissan-Straße zuständig fühle. Er möchte definitiv wissen, wer für die Beleuchtung der Unterführung verantwortlich sei.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) sagt schriftliche Beantwortung zu.

Vorsitzender Gerharz (CDU) zitiert einen Leserbrief aus dem Kölner Stadtanzeiger, der sich mit der Problematik der Enge und schlechten Beleuchtung in der Unterführung befasste, und fordert dringlichst, dass in dieser Angelegenheit unbedingt etwas geschehen müsse.

8.7 Haltestellensituation in Brühl-Mitte

Ratsherrn Bortlitz-Dickhoff (Grüne) berichtet, dass an der Haltestelle Brühl-Mitte rückwärts fahrende Busse beobachtet worden seien. Da dort häufig Fußgänger die Straße queren würden, bestehe eine Gefährdung. Er möchte wissen, wann eine Vorlage zum Umbau der Haltestelle Brühl-Mitte komme. Die bestehende Situation könne dauerhaft so nicht bleiben.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) sagt schriftliche Beantwortung zu.

8.8 Parken auf der Rheinstraße vor St. Stephan

Ratsherrn Bortlitz-Dickhoff (Grüne) berichtet, dass im Falle von Veranstaltungen in der Kirche St. Stephan der Rad- und Gehweg auf der Rheinstraße zugeparkt werde. Er frage daher, was die Verwaltung dagegen unternehme.

Fachbereichsleiter Gérard (FB 32) erläutert die Vorgehensweise in der Vergangenheit bei den polnischen Messen und kündigt wieder Kontrollen bzw. Maßnahmen an.

8.9 Erschließungsbeiträge An Hornsgarten

Ratsherrn Bortlitz-Dickhoff (Grüne) erkundigt sich, ob die Probleme mit den Erschließungsbeiträgen in der Straße An Hornsgarten geklärt seien.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) erläutert, dass seit Anfang September, als die Vorausleistungsbescheide verschickt worden seien, sich kein neuer Sachstand ergeben habe. Bei der Finanzverwaltung habe es ein Gespräch mit einem betroffenen Anlieger gegeben. Von neuen rechtlichen Bedenken sei ihm nichts bekannt.

8.10 Fahrradschutzstreifen / Radweg an der Bonnstraße

Ratsherr Fischer (CDU) möchte wissen, ob er am Kreisel K 7 auf dem Schutzstreifen der Bonnstraße oder weiter auf dem Gehweg mit dem Fahrrad fahren darf.

Stadtkämmerer Freytag (Dez. II) sagt schriftliche Beantwortung zu.